

100 Jugendleiter sagen

## DIESMAL DFU

Junge Leute mit eigener Meinung, für die nicht üppige Wahlslogans, sondern harte Tatsachen zählen, haben Parteien und Kandidaten getestet. Ihr Testergebnis lesen Sie auf Seite 2)

Raten Sie mit: 1000 wertvolle Preise

## WAHL - QUIZ

Sind Sie auf Draht? Natürlich! Deshalb: Machen Sie mit bei unserem Wahlquiz. Hier hat jeder eine echte Chance, denn jeder Einsender gewinnt! Zumindest eine Buchprämie. Oder ist die Lösung so schwer?

Vielleicht sind Sie aber auch unter den ersten Preisträgern? (siehe Seite 2)

Zeitung für internationale Jugendbegegnung Hamburg

# elan

## Für Jugendliche

### Wie ich es sehe

Chefredakteur  
Karl Friedrich Hübsche

Es war im frostigen Februar, als elan seinen (Wahl-) Tip des Jahres gab: Stellt den Parteien und ihren Kandidaten Gretchenfragen. Fragt sie, wie sie zu dem stehen, was ihr wollt. Das war, bevor die Wahlkampf-Tourneen der Parteien begonnen hatten und auch, bevor sich Erhard als Abkanzler qualifizierte und wie die Axt im Walde durch die politische Botanik wütete. Es ging uns, kurz gesagt, darum, langfristig, gründlich und objektiv zu prüfen, was zur Wahl steht. Nicht um einen Gag zu "Wahlzeit a la Ludwig ist der Beste" oder "Pack den Willy in den Tank". In 19 Tagen ist es soweit: Wahltag, und Zahltag. Den unter dem Strich unserer Wahlbilanz unseres Parteien-Tests, steht: Die CDU/CSU hat uns viel versprochen, aber nichts gehalten. Ihre Politik, die in allen wesentlichen Fragen von der FDP mitgetragen wurde, hat uns weder die verschworene Sicherheit, noch Entspannung und Wiedervereinigung gebracht.

Die Arbeit des 4. Bundestages verdient die Note „ungenügend“. Zu diesem Ergebnis kommt auch Egon Lutz, Mitglied des Hauptvorstandes der IG Druck und Papier, bei seiner Bilanz. In der Augustausgabe des Zentralorgans seiner Gewerkschaft summiert er: „Es war ein von Krisen geschütteltes Parlament, das noch dazu — schon halb in Agonie — mit den Notstandsgesetzen unverzichtbare Grundrechte außer Kraft setzen wollte. Widmen wir ihm keinen Grabgesang. Suchen wir bessere Abgeordnete, wo immer wir sie finden.“

Bessere Abgeordnete sind aber nur solche, die bereit sind, unsere Forderungen zur Geltung zu bringen.

Was wollen wir?

Wir wollen eine Politik, die echte Schritte zur Abrüstung und damit zur Sicherheit und zum Frieden zum Ziel hat. Bonns „Abrüstungsbeauftragter“ darf in Genf, bei den Abrüstungsverhandlungen, nicht länger Störenfried sein.

Wir wollen eine Politik, die unserem Volk Freunde und Partner in aller Welt sichert, damit wir in Ruhe und Frieden mit unseren Nachbarn leben können.

Wir wollen eine Politik, die den Bruderkrieg in Deutschland unmöglich macht. Das erfordert, daß man sachliche Beziehungen zur DDR herstellt, statt Atomminnen an der Zonengrenze zu verlegen.

Fortsetzung Seite 2



### Unkeusche Girls und saubere Leinwand

Foto: Rose

• Eine 13-jährige Tochter stahl ihrer Mutter heimlich Anti-Baby-Pillen, um sicher mit ihrem Freund zusammen sein zu können. Sie täuschte die Pillen gegen harmlose Schmerztabletten aus. Die Mutter kam in andere Umstände.

• In einer Schulklassen in England wurden bei 90 Prozent aller Schülerinnen Verhütungsmittel in den Handtaschen gefunden.

• Um ihre „Erfahrungen in Liebesdingen“ zu dokumentieren, trugen die Schülerinnen einer anderen Schule gelbe Abzeichen.

Alle diese Meldungen, die in großer Aufmachung durch die Presse gingen, sind von A bis Z erfunden. Kein Wort an ihnen ist wahr. Trotzdem stricken BILD und andere Sensationsblätter fleißig nach der gleichen Masche weiter: „Liebe am Gardasee“, „Wenn es nach den Zelten“, „Die Frühreinen“ etc. Heraus kommt das Bild einer moralisch verkommenen Jugend, die nur Sex-Bomben, Skandalnudeln und Bettgeschichten im Kopf hat.

Zur gleichen Zeit erschallt von führenden CDU-Abgeordneten der Ruf nach „Sauberer Leinwand“.

nach einem „Sittengesetz“. Durch dieses Gesetz soll Artikel 5 des Grundgesetzes demontiert werden, der u. a. bestimmt: „Eine Zensur findet nicht statt.“

Na, endlich, wird mancher sagen. Da sind ja Leute, die für Sauberkeit sorgen. Irrtum! Das ist kein Gesetz, das sich gegen den täglichen BILD-Schwindel richtet. Oder gegen Filme und Bücher, in denen Mord und Totschlag als Kavaliersdelikte dargestellt werden. In denen andere Völker oder Rassen als feige, heimtückisch, unmenschlich und gefährlich bezeichnet werden.

Dieses Gesetz soll es ermöglichen, unbekommen Kritikern wie Hochhuth, Böll, Groß und anderen einen Maulkorb umzuhängen. Allen nämlich, die den Kanzler und seine Partei zu kritisieren wagen.

Es ist als Ergänzung des großen „Notstandspaktes“ gedacht. Das sind die schmutzigen Hintergedanken der Aktion „Saubere Leinwand“.

Man will uns vorschreiben, welche Filme wir sehen, welche Bücher wir lesen und welche Sender wir hören dürfen. Unter dem Deckmantel „Saubere für alle“ wird hier ein unsauberes Spiel getrieben. Ein Spiel, zu dem wir mit aller Entschiedenheit nein sagen. Heute und am 19. September.



Foto: Klaus Rose

## unter 21 verboten!

... ist eine ganze Menge. Heiraten zum Beispiel. Mündig ist man auch erst mit 21. Und bis 21 darf man nicht WÄHLEN nicht MITENTSCHIEDEN. Aber man muß schon mit 18 zur Bundeswehr. Das ist nicht ok. Das sollte geändert werden.

Früher war das übrigens noch chie satt. Es wollte Demokratie und Frieden.

Jedoch: der König ging — die Generale und Industriebosse sind geblieben. Die Rüstung läuft wieder auf Hochtouren, die Demokratie wird mit Notstandsgesetzen eingeschränkt; von Krieg ist wieder die Rede.

An all dies sollten wir am 19. September denken und unserer erklärten Wahrheit nutzen.

Wir sollten an das von unserem Volk Erreichte, wir sollten an Deutschland denken. Denn Bonn tut es nicht. Unser Wahl-Tip: Prüft die Parteien und wählt Demokratisch — Friedliebend — Unabhängig.



Die Lebensfragen der Nation (Holzarbeiterzeitung)

## Leute, prüft die Lage

Da haben sie uns was eingebrockt: In einem letzten Endspurt hat der Bundestag ein halbes Dutzend Gesetze beschlossen, an denen wir alle zu knabbern haben. Es handelt sich um die erste Rate der NS-Gesetze

Und nach der Wahl soll das dicke Ende kommen. Verabschiedet wurden

### DAS SELBSTSCHUTZGESETZ

Sie müssen Verdunkelungsrollen anbringen, Feuerpatsche, Gasmaske, Arzneimittel etc. kaufen. Lebensmittel- und Trinkwasservorräte für 14 Tage anschaffen. Man kann Sie zum Selbstschutzdienst kommandieren; Sie müssen Lehrgänge und Übungen in Ihrer Freizeit mitmachen. Das kostet Sie ca. 130,— DM. Und Ihre Freizeit.

### SCHUTZBAUGESETZ

Wohnhäuser müssen mit Luftschutzräumen ausgestattet werden. Kosten pro Kopf der Bevölkerung: ca. 500,— DM.

### ZIVILSCHUTZKORPSGESETZ

Nach diesem Gesetz können Sie zum Zivilschutzkorps eingezogen werden: 4-monatige Grundausbildung, dann Übungen mit einer Gesamtdauer von 8 Monaten. Ihr Lohn in dieser Zeit: 69,— DM, d. h. Wehrsold-Höhe. Außerdem geht Ihnen ein volles Jahr im Beruf verloren. Verabschiedet wurden außerdem die sogenannten Sicherstellungsgesetze für Wasser, Ernährung (wieder Lebensmittelkarten), Verkehr und Wirtschaft.

Leute, prüft die Lage! Das empfehlen angesichts dieser NS-Gesetzesflut junge Wähler jungen Wählern für die Bundestagswahl am 19. September.

(LESEN SIE AUF SEITE 2: „100 Jugendleiter sagen: Diesmal DFU!“)

## Hätten Sie's gewußt?

Zwei Stimmen hat jeder Wähler am 19. September. Mit der ERST-STIMME kann er den Direktkandidaten in seinem Wahlkreis wählen. Mit der ZWEIT-STIMME wählt er die Landesliste der gewünschten Partei. Wer nicht wählt, wählt auch. Er verschenkt die Chance, mitzubestimmen, ob wirklich konsequente Rüstungs- und Notstandsgegner in den Bundestag kommen. Seine Stimme fehlt auf der richtigen Seite der Waage. Wollen Sie ein Wahlmuffel sein?

## Unser großes Wahl-Quiz

# 1000 Preise

Wer richtig wählt, kann nur gewinnen. Das ist das Motto für den 19. September (Bundestagswahl). Bei unserem WAHLQUIZ heißt es, Wer richtig rät, gewinnt. 1000 wertvolle Preise stehen für Sie bereit!

Deshalb: Raten Sie mit – gewinnen Sie mit!

### Unsere Preisfragen:

1. Wie oft finden Bundestagswahlen statt?
  - alle zwei Jahre
  - alle vier Jahre
  - alle fünf Jahre
2. Welche der folgenden Antworten ist richtig?
  - Man darf mit 21 Jahren wählen; mit 18 muß man zur Bundeswehr
  - Man darf mit 18 Jahren wählen; mit 18 muß man zur Bundeswehr
3. Von wem soll laut Grundgesetz die Staatsgewalt ausgehen?
  - dem Bundeskanzler
  - dem Volk
  - dem Bundestag
4. Bei der Bundestagswahl hat jeder Wahlberechtigte
  - eine Erst- und eine Zweitstimme
  - eine Stimme
  - mehr als zwei Stimmen

### Sie können gewinnen:

1. PREIS: 1 Kofferradio (Wert: 200,— DM)
2. PREIS: 50 Mark in bar
3. PREIS: 1 Kleinsttransistor
- 4.—10. PREIS: je eine Langspielplatte 30 cm / 33 Upm.
- 11.—100. PREIS: je zwei wertvolle Bücher
- 101.—1000. PREIS: je ein wertvolles Buch

### Und so wird's gemacht:

Tragen Sie den Buchstaben, der vor der richtigen Antwort steht, in das entsprechende Lösungs-Kästchen ein. Vergessen Sie nicht Ihre genaue Adresse.

Aufkleben und einsenden an:  
REDAKTION elan, 46 DORTMUND, KUCKELKE 20

1
2
3
4

Extrablatt des elan, Zeitung für Internationale Jugendbegegnung. Herausgeber: Pfarrer W. Heinkel, Arno K. Reinfrank, Bernhard Jendrejewski. Verleger: Karl-Heinz Schröder. Chefredakteur: Friederike Schröder, von Dienst. Karl-H. Reich: Verantwortlicher Redakteur: Rolf J. Pliemer. Redaktion: 46 Dortmund, Kuckelke 20, Telefon: 57 10. Erscheint in der Weltkreis-Verlags-GmbH, 6104 Jugendheim Bergstraße, Jahnstr. 16. Frankfurter Büro: 6 Frankfurt, Robert-Mayer-Straße 50, Druck: Uwe-Jens Lahrssen, Hamburg.

Lassen Sie sich nicht schocken, liebe Leser. Dieses Extrablatt ist „extra“ für die Bundestagswahl gemacht worden. Deshalb dieser Inhalt, deshalb nur dieses Thema. In der Originalausgabe des elan lesen Sie natürlich viel mehr, zum Beispiel:

## elan

berichtet auf 24 Seiten über Sport, Liebe, Bonn, Weltraum, Millionäre, Sozialpartner, Mode, Film, Lohnlöhne – über Jugendverbände und Freizeit, die Macken der Großen und die Bauchschmerzen der Kleinen, Skandale, politisches und anderes Theater, – über andere Länder, Reisen etc.

## elan

bezieht selbst Standpunkte – und jeder Standpunkt kommt im elan zu Wort. Kurz und gut: WER elan LIEST, WEISS MEHR!

### BESTELLSCHEIN

Name: \_\_\_\_\_  
Vorname: \_\_\_\_\_  
Wohnort: \_\_\_\_\_  
Straße: \_\_\_\_\_ Nr. \_\_\_\_\_

(Ausfüllen, auf Postkarte kleben und einsenden an: Redaktion elan, 46 Dortmund, Kuckelke 20.)

### Chefredakteur Karl Friedrich Hübsche

## Wie ich es sehe

Wir wollen einen sozialen und demokratischen Rechtsstaat, wie ihn das Grundgesetz vorschreibt und wie ihn die Gewerkschaften und viele Demokraten fordern. Nicht jeden CDU-Notstandstaat, in dem die Regierung bestimmt und der Bürger zu gehorchen hat.

Und wir wollen – last not least – soziale Sicherheit. Wir wollen das mit eigener Kraft erreichte sichern und es nicht durch eine maßlose Rüstungspolitik gefährden lassen.

Das wollen wir! Was können wir am 19. September dafür tun? Welchen Kandidaten – denn für den Direktkandidaten im Wahlkreis hat man die Erststimme – kann man wählen? Meine Meinung: Wählbar ist der Kandidat, der für die oben genannten Ziele eintritt. Wählbar erscheint mir z. B. Georg Neemann, der DGB-Landesvorsitzende von Nordrhein-Westfalen, der in Düsseldorf-Mettmann für die SPD kandidiert.

Er will die gewerkschaftlichen Forderungen nach bundesdeutschen Abrüstungsinitiativen, nach Ausbau und nicht Abdauer der Demokratie im Bundestag vertreten. Wählbar erscheinen mir auch solche SPD-Kandidaten wie Wilh. Drö-

# 100 Jugendleiter: Diesmal DFU

### Kurz notiert

3,9 Prozent lautet die Prognose des „Ostspiegels“ der SPD für den Stimmenanteil der DFU bei der Bundestagswahl.

Christian Geißler, Ernst von Salomon, Mary Tucholsky, Christel Beilmann – ihre Namen stehen stellvertretend für mehr als 1000 Persönlichkeiten, die zur Wahl der DFU aufgerufen haben.

„Wählen Sie so, daß der nächste Bundestag die noch vorliegenden (Notstands-) Gesetze nicht mehr beschließen kann“, heißt es in einem gemeinsamen Aufruf Frankfurter Jugendgruppen und -Verbände. Zu den Unterzeichnern gehören u. a.: SDS, LSD, Jungsozialisten, Naturfreunde und Solidaritätsjugend, Humanistische Union und Kampagne für Abrüstung.



NOTSTAND: „So beiläufig, Oktober, November könnt ihr wieder mit mir rechnen.“ (Aus „Simplicissimus“)

## Hallo, Nachbarn

### Unsere Forderungen

Der Werftarbeiter Eugen Schanz aus Hamburg: Man sollte einer Partei die Stimme geben, die die gewerkschaftlichen Forderungen mit Rückgrat unterstützt. Eine solche Partei ist die DFU, die ich wählen würde.

### Geld zu holen

Der Student Peter Raane aus Düsseldorf schreibt: „Meine Befreiung und Wahl.“ Die einzige Partei, die sich bei diesen Bundestagswahlen dafür einsetzt, die Bildung in unserem Lande auf Kosten des militärischen Aufwands zu fördern, ist die DFU. Der Rüstungsbau in der Art, die die einzige Stelle, wo noch Geld zu holen ist.“

### Ein Kommunist

Als Kommunist stellt sich der Stahlbauslosser Hermann Müller aus Hamburg vor. Er schreibt: „Von Überdrift, nicht von Erhard, sind bis jetzt eine Reihe Vorschläge in Richtung Atomwaffenverzicht, Rüstungsbau zur Notwendigkeit der Beziehungen zwischen den deutschen Staaten gekommen. Die Forderungen vieler Jugend- und Studentenverbände spiegeln sich in den Erklärungen der DFU wider. Eigentlich eine atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa: keine Atomwaffen auf deutschem Boden und kein Mitverfügungsrecht über Kernwaffen; mehr Demokratie, keine Notstandsgezüge ...“

### 5 Starfighter

Die Krankenschwester Antje Lohmann: „Für 5 Düsenerjäger vom Typ Starfighter, könnte man ein komplett

eingerichtetes Krankenhaus bauen. Mein Anliegen: Den Rüstungsbau zu kürzen und die Gesundheitsausgaben erhöhen, dann wäre auch der Personalmangel im Krankenhaus zu beheben. In dem Maße, in dem

### Was wir wollen

Der Funktionär der Gewerkschafts-Jugendgruppe Wolfgang Gehrckens meint: „Die Partei, die die Forderungen des DGB findet, sei z. B. die Forderung nach eigenen Abrüstungsvorschlägen der Bundesregierung, keine Notstandsgezüge, sondern eine Verwirklichung der Rechte der Jugend auf Miterantwortung und Mitbestimmung in Staat und in Gesellschaft. Aus diesem Grunde werde ich mich am 19. September für die DFU entscheiden.“

### Anschauung nicht entscheidend

Hasso Ehlinger (er ist Landesvorsitzender des SDS in Baden-Württemberg): „Wer für Verständigung und Demokratie ist, kann die DFU wählen, gleichgültig, welche Weltanschauung er hat ...“

### Gewissen nicht наркотизiert

Rudolf Rolfs, Leiter des bekannten Frankfurter Kabarett „Die SCHMIEDE“: „Ich sehe keine Möglichkeit den Forderungen der Atomwaffenverzichtsgruppen zu entsprechen. Im Bundestag Geltung zu verschaffen, ist eine schwierige Aufgabe, die Millionen Gewerkschaftsmitglieder konsequent für eine Abrüstung engagieren. Dass dies jedoch nicht der Fall ist, zeigen die im einzelnen wohl imponierenden, im Bundesrat jedoch noch zu ignorierenden Teilnehmerzahlen an den Demonstrationen der Kampagne für Abrüstung.“

### 5 Prozent und mehr

Zur Frage der 5-Prozent-Klausel schreibt unser DFU-Kandidat Fritz Meincke: „Die DFU rechnet sich eine reale Chance aus, in den 5. Bundestag einzutreten. Die Unterstützung der starren und ertraglosen Politik der Regierungsparteien erlaubt einen weit größeren Abrüstungsanteil als 5 Prozent. Das hat nicht zuletzt der massive Protest gegen die Notstandsgesetze der IG Metall gebracht. Er beweist, daß dem Erhard auch der Unwillen über die Haltung der führenden SPD-Gremien widerspiegelt. Zudem hat die DFU durch die Öffnung ihrer Listen für parteilose und unabhängige Persönlichkeiten die Wahrscheinlichkeit für eine echte Opposition beträchtlich erhöht.“

### Das dicke Ende ...

... der Notstandsgesetze soll sofort zu Beginn der nächsten Legislaturperiode kommen. Folgende Gesetzentwürfe liegen vor:

- DAS ERKENNUNGSMARKENGESETZ Kinder haben eine Erkennungsmarke (feuerfest) zu tragen.
- ZIVILDIENSTGESETZ Sie können dienstverpflichtet werden und Ihren Arbeitsplatz nicht mehr frei wählen. Sie werden dafür schlechter bezahlt und dürfen sich nicht mit Streiks dagegen wehren.
- AUFENTHALTSREGELUNGSGESETZ Ihren Aufenthaltsort dürfen Sie nur mit behördlicher Genehmigung wechseln. Die Behörden können Sie evakuiieren.
- GESETZ ÜBER DIE POST- UND TELEFONKONTROLLE Ihre Telefongespräche können abgehört, Ihre Briefe geöffnet werden.
- GESETZ ÜBER DIE PRESSEKOMMISSION Die Regierung kann bestimmten was Rundfunk, Fernsehen u. Zeitungen berichten dürfen.
- NOTSTANDSGESETZ Sie können verhaftet werden ohne richterliche Haftprüfung, bis zu einer Woche lang. Mit Freunden dürfen Sie sich nicht einmal mehr in Ihrer Wohnung aufhalten, wenn die Regierung dies anordnet (Einschränkung der Versammlungsfreiheit). Ihr Privatbesitz, z. B. Ihr Motorrad oder Auto kann beschlagnahmt werden.
- Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB), viele Jugendorganisationen, Geistliche, Professoren und Schriftsteller haben vor diesen Gesetzen gewarnt.
- weil sie die Entwicklung einer Politik der Sicherheit durch Abrüstung hemmen und die totale Kriegsvorbereitung mit sich bringen;
- weil sie den Ausbau unserer Demokratie verhindern und einer neuen Diktatur den Weg öffnen;
- weil sie die Verschlechterung von Volksvermögen bedeuten und nicht gestatten, den Gemeinschaftsaufgaben, wie Behebung des Bildungsnotstandes, Steigerung der Sozialleistungen, Regelung der Verkehrsprobleme, Bau preiswürdiger Wohnungen usw. die notwendigen Mittel zur Verfügung zu stellen.

scher in Kreuznach und Josef Felder in Erlangen, die in Sozialen NS-Gesetze eine klare Position bezogen haben. Solchen Kandidaten würde ich meine Erststimme geben. Ebenso könnte man sich für konsequente Leute wie den Betriebsrat Heinz Lekrawka, den ehemaligen Vorsitzenden der Gewerkschaft Holz, Heinz Seeger, den NGG-Betriebsleiter August Locherer oder den Betriebsrat Manfred Sokolof entscheiden, die in den erwähnten Fragen einen klaren Kurs haben und auf den Listen der DFU kandidieren.

Und die Parteien, für deren Wahl man sich der Zweitstimme bedient? Das Ergebnis unseres Parteientests, genauer gesagt, einer monatelangen, gründlichen Inspektion und Diskussion, haben wir auf folgenden Nenner gebracht:

CDU/CSU: Keinesfalls empfehlenswert  
FDP: dito, da Mithilfe  
SPD: Diesmal nicht empfehlenswert  
DIEMAL EMPFEHLENSWERT: DFU

Es wäre mir, diese persönliche Anmerkung sei gestattet, lieber geheissen, wenn ich ohne Vorbehalt erklären könnte: Wählt SPD. Aber mit neuen Personen ist es nicht getan. Was nutzt ein neuer Pilot, wenn der Kurs der alte bleibt? Denn wo ist der Abrüstungsvorschlag Willy Brandts für Genf, in dem klipp und klar gesagt wird?

„Deutschland befürwortet es, wenn Präsident Johnson aus einer Politik der Stärke verhandeln will.“ (Laut AP) Was ist das eigentlich, dieses Deutschland, das Herr Erhard hier in trauter Gemeinsamkeit mit Erhard, Strauß etc. im Munde führt? Wer gab ihm das Recht, in unserem Namen zu sprechen? Bestimmt nicht die Mitglieder der vielen Verbände, deren Meinung die 7. Jugendkonferenz der IG Metall im Mai 1965 so ausdrückte: „Gerade in diesen Tagen ist der Weltfrieden durch die bedrohende Ausweitung des Vietnam-Konflikts besonders gefährdet. Die Jugendkonferenz der IG Metall verurteilt deshalb die Politik einer stufenweisen Ausdehnung des Krieges (Escalation), welche von den Vereinigten Staaten in Vietnam angewandt wird.“

Das sind Tatsachen, und nur sie zählen in der Politik. Deshalb unser: DFU – diesmal empfehlenswert, um den Vertretern einer neuen Politik im 5. Deutschen Bundestag Sitz und Stimme zu verschaffen. Einer neuen Politik, wie sie von Gewerkschaften, Jugendverbänden, Atomwaffengegnern und vielen anderen Kräften gefordert und von sozialdemokratischen Parteien und Regierungen in Westeuropa unterstützt wird. Exakt gesagt: Eine Regierungsmannschaft der SPD, die mit einem politischen Konzept angetreten wäre, wie die oft zitierten Schweden (Block- und Atomwaffenfreiheit, Entspannungspolitik) könnte der Unterstützung der politisch wachen Jugend sicher sein. So aber ist jede Zweitstimme für die SPD eine Zustimmung zu dem Verhalten der Parteispitze. Auch in der Notstandsfrage.